

Solidarität

Organ des Verbandes der graphischen Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen Deutschlands.

Erscheint wöchentlich Sonnabends. Preis vierteljährlich 8,— Mk. — Anzeigen: die dreispaltige Preiskarte 2,— Mk., Codes- und Versammlungsanzeigen die Zeile 10 Pfennig. — Sämtliche Postanstalten nehmen Abonnements an. Eingetragen unter obigem Titel im Post-Zeitungsregister.

Für die Woche vom 5. bis 11. Juni 1921 die Beitragsmarke in das mit 24 bezahlte Mitglied des Mitgliedsbuches zu kleben.

Mitteilungen des Verbandsvorstandes

In letzter Zeit häufen sich die Meldungen, daß menschenlich in kleineren Zahlstellen von reisenden Mitgliefern auf Grund irgendwelcher Vereinigungen über früherer Mitgliedschaft und vorübergehende Arbeitslosigkeit in Druckerbetrieben Unternehmungen zu erhalten versucht wird. Wir sehen uns dazu veranlaßt, unsere Funktionäre in allen Zahlstellen darauf aufmerksam zu machen, daß Reiseunterstützung nur an Mitglieder, die sich mit ihrem Mitgliedsbuch und dem vom Abgangsort des Reisenden demgemäß ausgestellten Reisekarte ausweisen können, ausgestellt werden darf. Für Unternehmungen, die auf Grund anderer Weise ausgestellt werden, kommt die Verbandskasse in keinem Falle auf.

Insbesondere warnen wir vor einem im Lande umherziehenden Notationsarbeiter Max Wehfeld, der bereits im Jahre 1920 aus dem Verbandsausgesprochen wurde und jetzt mit einer Arbeitsbescheinigung der Berliner Vornarrbruderei den Unterstützungschein bei längerer Zeit betreibt.

Der Verbandsvorstand.
J. A. C. Bucher, 1. Vorsitzender.

Die seelischen Grundlagen der Wirtschaft

Wer vor Segnern der sozialistischen Gemeinschaft sozialistischen Gebanten und Ziele auseinandersetzt, sieht gewöhnlich auf den Einwurf, daß der moderne Sozialismus in der Theorie wohl sehr schön sei, daß er sich aber in der Praxis nicht durchführen lasse. Unwissenheit sei es ein hohes Ideal, das menschliche Zusammenleben und Zusammenarbeiten auf die Grundlage des Sozialismus, der Menschenliebe und der Geschicklichkeit zu stellen, aber dieses Ideal müßte ewig ein schöner, unerfüllbarer Traum bleiben, weil es der menschlichen Natur widerspreche. Die Menschen seien nun einmal ihrem inneren Wesen nach selbstsüchtig, das persönliche Interesse bilde den Antrieb zu ihrem Tun und Lassen; die Sorge für ihr eigenes Wohlsein und der Wille, Best zu erwerben, beherrsche sie so ausschließlich, daß in einer sozialistischen Wirtschaft, in der der Einzelne der Erwerbssüchtige und der Drang nach privatem Eigentum ausgegaltet worden sei, naturnotwendigerweise das Interesse der Arbeit verloren und deshalb die Arbeitsleistung wesentlich sinken müsse. Ein neuer Schriftsteller, Dr. Ferdinand von Degenfeld-Schonburg, kommt in seinem Buche: Die Motive des volkswirtschaftlichen Handelns und der deutsche Sozialismus zum Ergebnis, daß der marxistische Sozialismus die Zukunft habe, da es ihm unmöglich sei, an die Stelle der im Kapitalismus wirkenden Triebkräfte ein so stark sozialistisches Anreiz zu setzen. In Übereinstimmung mit Adolf Wagner und Schäffle hält er diesen Mangel für die schwächste Seite des Sozialismus, der es niemals fertig bringen werde, die Menschen so stark am Wirtschaftselben im allgemeinen und an ihrer eigenen wirtschaftlichen Tätigkeit im besonderen zu interessieren, daß es möglich sei, ein pflichtgemäßes Arbeiten oder gar Höchstleistungen zu erzielen, ohne die eine Kulturmenschen nicht bestehen könne. Der Sozialismus, der das Wirtschaftselben wiederum als einen Mechanismus auffasse, während doch in Wirklichkeit ein lebensvoller Organismus sei, habe es nicht verstanden, die Menschen als Persönlichkeiten in den Mittelpunkt der Wirtschaft zu stellen, daran er naturgemäß scheitern müsse.

Die Segner des Wirtschaftsozialismus weisen mit Recht darauf hin, daß unter der Herrschaft des Kapitalismus der richtige Anreiz zum Arbeiten und Wirtschaften sei. Tatsächlich spannen die Menschen ihre Kräfte zur höchsten Leistung meistens nur dann an, wenn in persönlicher Vorteil winkt, während sie in ihrer Arbeit erlahmen, wenn ein solcher Vorteil nicht in Aussicht steht, aber es wäre ein Unding, wollte man daraus schließen, daß es immer so sein werden werde. Wir beobachten vielmehr schon

heute vielfach ein pflichtgemäßes Arbeiten und ein planmäßiges Wirtschaften zur Erzielung hoher Leistungen, ohne daß die Lust den Anreiz bildet. Zweifellos hat jeder Mensch in allererster Linie das allergrößte Interesse daran, für sich und die Seinen zu wirken und zu schaffen, dennoch ist es schon in der kapitalistischen Gesellschaft keine Seltenheit, daß ein Mensch schwere Anstrengungen auf sich nimmt, um dem Allgemeininteresse zu dienen und das Allgemeinwohl zu fördern. Allerdings ist dieser Gemein Sinn in der gegenwärtigen Nachkriegszeit vielfach in den Hintergrund getreten, doch aus dem völlig abnormalen, wirtschaftlichen Verhältnissen erklärt, aber es wäre falsch, behaupten zu wollen, daß jene Menschen, die ohne Aussicht auf persönliche Vorteile gemeinnützige Handlungen verrichten, gänzlich ausgeschlossen seien. Glücklicherweise wohnt der Sozialismus auch heute noch in zahlreichen Menschen, deren soziales Empfinden durch die Not der Zeit nicht erstickt, sondern im Gegenteil gesteigert worden ist, und es steht zu hoffen, daß die Selbstsucht und Habgier, der Aberglaube und das Gewinnstreben, das alle diese kapitalistischen Giftpflanzen, die heutzutage so üppig ins Kraut schießen, verdrängen werden, wenn wir erst wieder normale Erwerbsverhältnisse bekommen. Die Erfahrung des täglichen Lebens und auch die Geschichte lehrt uns, daß das Tun und Lassen der Menschen durch die wirtschaftlichen Verhältnisse sehr stark beeinflusst wird, die Umwelt modelliert in den inneren Menschen und sie verändert auch die Volkseele. Eine Wirtschaftsweise, in der ein klaffender Zwiespalt besteht zwischen arm und reich, in der der eine Mensch die Möglichkeit hat, sich auf Kosten fremder Arbeit ein angenehmes Dasein zu verschaffen, muß natürlich auf der einen Seite Arbeitsunlust, Gleichgültigkeit und Apathie hervorrufen und auf der andern Seite Habgier, Genußsucht und Mißlieblichkeit erzeugen. Haben wir aber eine Gesellschaft, in der keine Ausbeutungsmöglichkeit besteht, in der vielmehr jedem Menschen, der seine Pflicht und Schuldigkeit tut, ein menschenwürdiges Dasein gewährleistet wird, so werden in einem solchen vom kapitalistischen Unkraut gesäuberten Erdbreich Menschen wachsen, die aus innerem Antriebe heraus soziale Handlungen verrichten. Sichtlich werden die Menschen auch dann noch Menschen bleiben mit menschlichen Fehlern und Schwächen, dennoch aber werden sie, wenn sie auch keine Engel geworden sind, ihr Menschsein reiner zur Schau tragen, indem sie nicht nur an sich denken und für sich sorgen, sondern auch bewußt und planmäßig Rücksicht auf das Wohl anderer Menschen und auf das Gemeinwohl nehmen.

Bekanntlich erstrebt der Wirtschaftsozialismus eine gesicherte Existenz für jedermann und eine möglichst große Bewegungsfreiheit innerhalb der wirtschaftlichen Betätigung des Einzelnen. Hierin erblicken die Segner des Sozialismus die größte Gefahr für die zukünftige Wirtschaft. Sie sagen, daß heutzutage die Sorge um die Existenz, der Kampf ums tägliche Brot, der bei weitem stärkste Antrieb sei für pflichtgemäßes Arbeiten und sparsames Wirtschaften, daß der äußere Zwang, die Hungerpeitsche, die Menschen zur Pflichterfüllung treibe, und daß, da jeder Mensch für sein Handeln persönlich verantwortlich sei, sich jeder bemühe, seine Pflicht zu tun, da er andernfalls existenzlos werde. Wenn diese Antriebe wegfallen in einer sozialistischen Wirtschaft, so folgern sie, würde der Arbeitseifer erlahmen, das Pflichtgefühl nachlassen und das Verantwortlichkeitsbewußtsein gänzlich schwinden. Das ist offenbar eine Behauptung, die völlig in der Luft schwimmt. Mit größerer Wahrscheinlichkeit kann man gerade umgekehrt behaupten, daß die Zukunftsängste, die der drückenden Sorge um ihr tägliches Stück Brot entgehen sind, die sich frei betätigen können und die unter der gegenseitigen Kontrolle ihrer Mitarbeiter stehen, viel pflichtgemäßer arbeiten werden, als dies heute der Fall ist. Zumal wenn man berücksichtigt, daß auch die veränderte Erziehungsweise einen neuen Geist, den sozialen Arbeitseifer und den Gemein Sinn schon vor klein an in dem Menschen erzeugen wird. Wenn man allerdings glaubt, daß keine innere Entwicklung vom Tier zum Menschen möglich sei, daß die Menschen vielmehr immer und ewig die selbstsüchtigen Wesen bleiben werden, wenn man dieser pessimistischen Auffassung huldigt, so wird man den Sozialismus für undurchführbar halten. Wer aber einen starken Glauben hat an das Gute in der Menschennatur, wer die feste Überzeugung in sich trägt, daß eine sozialistische Weltordnung mit den Verhältnissen auch die Menschen umgestalten wird, der muß die Sorge natürlich mit anderen

Augen betrachten. Man braucht keinem wirtschaftsfeindlichen Optimismus zu huldigen, der alles durch eine rosarote Brille ansieht; aber ein noch größerer Fehler wäre es, wollte man in einen fatalen Pessimismus verfallen, der an der Zukunft der Menschheit verzweifelt.

Wir freiorganisierten Arbeiter leben der Gewißheit, daß eine neue Wirtschaft auch neue seelische Grundlagen schaffen wird, daß neue altruistische Antriebe in den Wirtschaftssubjekten entstehen werden, wenn die egoistischen allmählich absterben. Für uns kann es nicht dem geringsten Zweifel unterliegen, daß der Uebergang von der kapitalistischen zur sozialistischen Wirtschaftsweise das Verhalten der Menschen zueinander wesentlich verändern wird. Soviel steht fest: Menschen, die unter der Krante eines Zwingers für den Selbstschat der Kapitalisten als willenlose Werkzeuge zenden müssen, können keine Arbeitslust und Schaffensfreude, keine innere Anteilnahme an der Tätigkeit haben, dagegen werden Menschen, die für sich und die Allgemeinheit schaffen und die gleichzeitig das Mitbestimmungsrecht haben, mit Lust und Liebe ihre Pflicht in vollem Maße tun. F. L.

Über die Höhe der Profite in den Industrieunternehmen

Wenn wir die Bilanz eines beliebigen Industrieunternehmens einsehen, so springt uns fast immer die Tatsache entgegen, daß der Betrag des sogenannten Bruttogewinnes mehrenfalls so groß ist, wie die sogenannten allgemeinen Unkosten, weiche auch die im Jahre ausbezahlten Arbeitslöhne umfassen. Die Aktionäre bekommen aber eine Dividende, welche üblicherweise in einem Prozentsatz, der das Verhältnis des zur Auszahlung kommenden Betrages zum Nominalwert der Aktie bezeichnet, zum Ausdruck gelangt. Das eine Aktiengesellschaft z. B. ihren Aktionären 10 Prozent als Dividende ausshüttet, bedeutet also eine 10prozentige Verzinsung der Aktie nach ihrem Nominalwert. Eine solche Verzinsung entspricht aber den Gewinnen der Aktiengesellschaften, wie sie aus den Bilanzen hervorgehen, ganz und gar nicht; diese sind nämlich in der Regel viel größer, so daß sie einen viel größeren Prozentsatz als Dividende ermöglichen. Deutlicher, weil die Aktien im Börsen- und Marktverkehr gewöhnlich einen viel größeren Wert vertreten als ihr Nominalwert, zu welchem sie ausbezahlt werden. Wohin verschwindet dann dieser Gewinn? Und welches Interesse haben die Aktiengesellschaften daran, diese Gewinne verschwinden zu lassen?

Letzteres ist sehr leicht verständlich. Abgesehen von allerlei steuerpolitischen Gründen, wird der Prozentsatz der Dividende absichtlich herabgesetzt, um Sand in die Augen der Arbeiterklasse zu streuen. Eine Aktiengesellschaft verteilt 25 Prozent Dividende; die Arbeiter und Angestellten verlangen bessere Löhne und weisen bei ihrer Forderung auch auf die Größe der Dividende hin. Falls die Gesellschaft aber 50 Prozent statt 25 Prozent verteilen würde, könnte sie der Forderung der Arbeiterklasse nicht widerstehen. So besteht das Interesse, den Gewinn in anderen, weniger auffälligen Formen den Aktionären zuzulassen, so lassen. Es gibt manche Wege zu diesem Zweck. Hier nur die wichtigsten. Ein großer Teil der Gewinne wird an die Reservefonds der Gesellschaft überwiehen. Diese Beträge sind viel größer, wie man es ohne genaue Prüfung der Bilanzen glauben würde. In einer Nummer der englischen wirtschaftlichen Zeitschrift "Economist" sind die Reingehalte von dreihundertvierunddreißig Industrieunternehmen zusammengestellt und es ist dort berechnet, daß 35 Prozent der Reingehalte in die Reserve überzuführen werden. Eine Reserve für schlechte Zeiten zurückzulassen, ist an sich eine vernünftige Geschäftspolitik. Die unverhältnismäßige Größe der Reserven weist aber darauf hin, daß es sich hier um etwas anderes handelt, nämlich um die Tendenz zur Verheimlichung der Gewinne der Aktionäre. Die Anlegung der großen Reserven kommt aber dem einzelnen Aktionär zugute. Der Wert der Aktien einer Gesellschaft, welche über enorme Reserven verfügt, wird entsprechend höher und wenn also der Aktionär seine Aktien verlaufen will, kann er dank dieser Reserven einen höheren Preis erzielen, wodurch die Dividende des Käufers allerdings etwas vermindert wird.

Ein anderer Weg zur Verschleierung der Gewinne ist die „Verwässerung“ der Aktien. Der Nominalwert einer Aktie beträgt z. B. 100 Mk., deren Marktpreis aber 500 Mk. Nun werden neue Aktien herausgegeben und die alten Aktionäre bekommen diese gratis oder zum Nominalpreis, also in diesem Falle zu 100 Mk. oder etwas über den Nominalpreis, aber weit unter dem Markt- bzw. Börsenpreis. Es sind auch verschiedene Kombinationen möglich, z. B. nach je drei Aktien bekommt der bisherige Aktionär eine neue Aktie. Die neue Emission hat keinen volkswirtschaftlichen Sinn. Es werden keine neuen Kapitalien, oder nur in geringem Umfange, der Gesellschaft zugeführt. Darauf kommt es aber auch nicht an. Die Gesellschaft braucht oft auch kein neues Kapital, oder sie kann es auch auf anderem Wege beschaffen. Die Kapitalzerhöhung ist lebhaftig zu dem Zwecke vorgenommen worden, um den bisherigen Aktionären einen Gewinn in dieser Form zu gewähren. Wenn die Aktionäre bei einer solchen Transaktion einen guten Gewinn einheimen, so gilt das für die Verwaltungsräte und für die Leiter des Unternehmens in doppeltem Maße. Diese Leute, die bei solchen Gelegenheiten ein Syndikat bilden, finden noch ganz besondere Gewinne ein. Bei der Gründung der Aktiengesellschaft haben sie die sogenannten Gründergewinne. Die große Gesellschaft in der Petroleumindustrie, Shell u. Co., hat z. B. ihre Aktien feinstens für 25 Franken pro Aktie herausgegeben, und diese wurden im Augenblick um 700 Franken an der Börse verkauft. Die Differenz haben die Gründer als Gewinn eingestekt. Die andere große Petroleumgesellschaft, Royal Dutch, die jetzt mit Shell vereinigt wurde, hat ihre Aktien zu einem Nominalwert von 2500 Franken ausgegeben, die bald für 13 000 Franken verkauft wurden. Jetzt haben sie einen Börsenwert von 27 000 Franken. Die zur Verteilung gelangte Dividende ist in der Regel steuerfrei, d. h., die Gesellschaft bezahlt die Steuern statt des Aktionärs, überall wo solche Steuern erhoben werden.

In vielen Fällen wird an die Aktionäre noch eine besondere Vergütung (sogenannte Bonus) verteilt. Besonders bei Unternehmungen, die für eine zeitweilige Ausbeutung eines Naturerzeugnisses bestimmt sind.

So soll uns der Prozentsatz der Dividende, welche eine Aktiengesellschaft an ihre Aktionäre ausschüttet, nicht irreführen. Wenn der Aktionär die Aktie über ihren Nominalpreis gekauft hat, so bekommt er als Gewinn weniger, als wie es aus dem nach dem Nominalwert der Aktie berechneten Prozentsatz der Dividende zu ersehen ist; dies wird aber durch die verschiedenen Gewinne, welche er auf der andern Seite in verschleierter Form erzielt, vielfach wettgemacht.

Zugung des Gaues IV a (Nordbayern)

Im Verbandshaus der Nürnberger Metallarbeiter traten am ersten Pfingstfeiertag die Vertreter der nordbayrischen Zahlstellen zum nordbayrischen Gauzug zusammen. Vom Verbandsvorstand war Kollege Bucher erschienen und vom Gau Südbayern Kollege Lehmeier-München. Die Verbände der Buchdrucker, Buchbinder, Lithographen und Steinbruder waren vertreten durch die Genossen Vater, Weinländer und Schatt. Die Mitgliedschaften der Zahlstellen Ausbach, Bayreuth, Erlangen, Hof, Koburg, Nürnberg-Fürth, Sulzbach und Würzburg hatten Vertreter entsandt. Bamberg und Kulmbach waren nicht vertreten.

Bei der Begrüßung bemerkte Kollege Redding, daß wir zum erstenmal getrennt von dem Gau Südbayern tagen. Praktische Erwägungen veranlaßten zu diesem „Separatismus“. Uebergehend zur Berichtserstattung verwies der Gauleiter auf den Aufschwung, den der nordbayrische Gau seit der letzten Zugung im September 1919 genommen hat. Die Mitgliedszahl ist von 1049 auf 1623 gestiegen. Auch in den Klassenverhältnissen spiegelt sich diese Entwicklung — nicht nur in Papierwerten — wieder. Die Tarifeinführung brachte viel Arbeit und Mühe mit sich. An allen Orten wurden Forderungen gestellt, und vielfach bedurfte es des Eingreifens der Schlichtungsausschüsse, um die Unternehmer zur Einsicht zu bringen. Ein tüchtiges Stützborarbeit für den Reichstaxi wurde damit geleistet.

In Ausbach ist der Tarif in der maßgebenden Drucker voll eingeführt.

In Bamberg wird mit Ausnahme einer Papierwarenfabrik das Hilfspersonal tariflich bezahlt. Diese Firma betrachtet nur das an den Druckmaschinen beschäftigte Hilfspersonal als unter den Tarif fallend.

In der Richard-Wagner-Stadt Bayreuth bedurfte es bei der Tarifeinführung vieler Mühe. Ein hartnäckiger Widerstand der Unternehmer mußte gebrochen werden. Jede Zulage verurteilte schwere Kämpfe. Die Schlichtsprüche des Schlichtungsausschusses wurden von den Prinzipalpalen nicht anerkannt. Erst die Zuforderung von Zahlungsbefehlen belehrte sie eines Besseren. Die Ausgleichung der Differenz erfolgte periodisch, so daß ab 1. Juli der Tarif voll bezahlt wird.

Auch in der Universitätsstadt Erlangen entstanden Schwierigkeiten, die durch Verhandlungen beseitigt wurden. Die volle Bezahlung des Tarifes erfolgt ab 1. Juli.

Die Zahlstelle Hof besteht zur Hälfte aus männlichen und weiblichen Mitgliedern. Die Tarifeinführung vollzog sich in glatter Form, waren doch die Tarifsätze schon überholt.

Auch in der Bierstadt Kulmbach wird die Kollegenchaft tariflich entlohnt.

In Koburg war das Hilfspersonal zuerst in anderen Verbänden organisiert, die nicht immer das richtige Verständnis für seine mißliche Lage hatten. Nach Belehrung eines harntäckigen Gegners konnte die volle tarifliche Bezahlung ab Mitte Mai erreicht werden.

Nürnberg-Fürth konnte über einen erfreulichen Aufschwung berichten. Im Buch- und Steinbruder haben wir mit wenigen Ausnahmen alles organisiert, wenn auch in den Steinbrudbetrieben die Fluktuation immer noch eine ziemlich große ist. Trotz des lauen Geschäftsganges im Steinbrud haben wir keine Reserve von Arbeitslosen. Notwendig ist eine tiefere gemeinschaftliche Schulung der neu gewonnenen Mitglieder. Die politische Spaltung der Arbeiterchaft fand ihren Widerhall in der Opposition durch mehrere Kollegen, die nun auch eingesehen haben, daß wir uns als Hilfsgruppe im Gewerbe die Gestaltung unserer Arbeitsverhältnisse zwangsläufig, das heißt abhängig von dem der Gehilfen ist. Die Vorgänge beim Rapp-Putsch fanden eine sachliche Besprechung. Da die Buchdrucker keinen Wert auf unsere Beteiligung am Streik legten, so erwiesen wir den Prinzipalpalen nicht den Gefallen, mitzutreten. Die Versammlung lehnte eine Beteiligung ab. Durch Verhandlungen wurde die Zahlung des prozentualen Anteiles erreicht. In den nächsten Tagen finden im Steinbrud Verhandlungen statt, da das Abkommen mit dem St. Mal abläuft. Bei manchen Buchdrucker-Prinzipalpalen macht sich das Bestreben nach tariflicher Ausschaltung des Hilfspersonals, soweit es nicht direkt an Maschinen beschäftigt ist, geltend. Zur Tarifierung des jugendlichen Hilfspersonals unter 16 Jahren konnten sich dieselben Herren nur schweren Herzens entschließen.

Auch die Frage der beruflichen Arbeitsnachweise kam zur Besprechung. Drängt auch die Entwicklung zur Zentralisierung und Angliederung an die städtischen Arbeitsnachweise, so verdienen doch die paritätischen Nachweise der Organisationen den Vorzug vor den kommunalen.

In Würzburg mit seinen gemischten Betrieben rekrutiert sich das Hilfspersonal zum Teil aus den Bewohnern der umliegenden Dörfer. Hier trifft das Vassallenwort von der verdamnten Bedürfnislosigkeit zu. Durch Verhandlungen gelang es, allgemeine Zulagen zu erreichen. Nach dem Ansprüche eines maßgebenden Herrn soll dort der Tarif niemals zur Einführung kommen. Doch darüber wird wohl an anderer Stelle entschieden werden.

In den übrigen kleinen Druckorten ist wenig zu organisieren, da die Arbeiten vielfach von Gehilfen und Lehrlingen mitverrichtet werden. Wo Hilfspersonal vorhanden ist, gehört es oft anderen Organisationen an, wie in Rothenburg ob der Tauber und Selb.

Kollege Lehmeier-München berichtete über die Verhältnisse in Südbayern. Im Münchener Steinbrudtarif sind für das Hilfspersonal die Sätze des Reichstarifes von 50—85 Prozent durchgeführt.

Genosse Vater besprach die Taktik der christlichen Gewerkschaften in den Provinzorten. Die Zusammenfassung in graphische Bezirksvereine dürfte die wirksamste Art der Agitation sein.

Ueber „Organisatorische Zeit- und Streitfragen“ sprach Verbandsvorsteher Kollege Bucher. Die Erscheinungen im Wirtschaftsleben sind so vielfältig, daß wir uns hüten sollen, alles nach örtlichen Verhältnissen zu beurteilen. Der allgemeine Rückschlag in der Arbeiterbewegung bildet in seinem Zusammenhang die natürliche Auswirkung der Revolution, die in die Gewerkschaften Laufende führte, die sich früher niemals um gewerkschaftliche und politische Fragen kümmerten. Darunter waren ehrlische Fanatiker, geistige Schieber und Revolutionstheoretiker. Die Vertragsleistungen der Gewerkschaften in der Friedenszeit kritisch besprechend, betonte er, daß die Ansammlung eines Kampffonds, der den Organisationen erst den nötigen Rückhalt gibt, die dringlichste Aufgabe ist. Der materielle Grundstoff gibt ein Gefühl der Sicherheit, die sich aber nicht immer in Generalfreistills zu äußern braucht. Nach 15 jährigem jähen Kampfe haben wir als sichbaren Ausdruck unseres Ertraktens den Reichstaxi geschaffen. Wer weiß, wie schwer früher den Gehilfen die Einführung des Tarifes in den Provinzorten gemacht wurde, der begreift auch den Widerstand gegen das Hilfspersonal, das sein Recht fordert. Unser Kampf wurde nicht auf der ganzen Linie geführt, sondern es war ein örtliches und betriebliches Vorgehen. Im allgemeinen herrscht unter der Gesamtkollegenchaft kein Widerspruch gegen den Reichstaxi. Die Vorteile für die Gesamtheit sind ziffernmäßig noch nicht genau festzustellen, wenn auch die Durchführung schwerer ist, wie der Abschluß. Für die Funktionäre ist die Arbeit durch den Reichstaxi gewachsen, während für die Mitglieder eine gewisse Gefahr der Einschüferung besteht. Er empfiehlt ein fleißiges Studium des Tarifes, das zur Vertiefung führt.

Zu den Verhältnissen im Steinbrud übergehend, schildert er die Befehung des Schußverbandes zur Tariffreundschaft, die das einzige Mittel zur Verhütung des gewerkschaftlichen Niederganges war. Die Schaffung eines Reichstarifes und die Befestigung der Löhne nach den Prozentlagen des Buchdrucks muß unsere nächste Aufgabe sein. Große Kreise der Steinbrudprinzipalpalen sind für eine zentrale Regelung. Da der Steinbrud zum großen Teil Exportindustrie ist, so ist der Geschäftsgang auch abhängig von den Maßnahmen der Entente. Immerhin sind für uns als Organisation die Verhältnisse nicht ungünstig. Zur Frage des graphischen Industrieverbandes ist festzustellen, daß die Zentralen der vier Verbände gut zusammenarbeiten und es nicht böser Wille ist, wenn wir noch nicht weiter gelangt sind. Der Industrieverband muß erarbeitet werden; das Verlangen allein genügt nicht, soll er die richtige Zusammenfassung finden, die jedem Berufe seine Bewegungsfreiheit gewährt. In den verschiedenen Tarifen liegt mancher Konfliktstoff verborgen. Die Arbeitsbedingungen weisen Unterschiede auf, deren Ausgleichung große Schwierigkeiten bereitet. Der Graphische Bund wird allmählich festere Gestalt annehmen. Die Gewerbe-

der Graphischen Betriebsrätezeitung freies, verlangt er die praktische Zusammenarbeit aller Mitglieder der graphischen Verbände, die in den graphischen Kreislagen den gegebenen Wirkungsfeld findet. In den 220 Zahlstellen, die wir haben, sind auch die Voraussetzungen dafür gegeben. Das Wesen der christlichen Gewerkschaften erklärend, betont er die parteipolitische und religiöse Neutralität unseres Verbandes. Die auch das Hilfspersonal interessierenden Fragen der Wapierbeschaffung bzw. Treibspolizei, sowie die neugegründete Rotgemeinschaft fanden eine eingehende Würdigung.

Ueber Agitation und Organisation in den Zahlstellen gab Kollege Redding an der Hand praktischer Beispiele Winte über die richtige Führung der Verwaltungen- und Kassengeschäfte, die Wahl von Vertrauenspersonen usw. Jede Zahlstelle soll ihren Stolz in die reiflose Gewinnung aller Beschäftigten einsetzen, wenn es auch mitunter eine schwere und unendbare Aufgabe ist. Auf die Zahlung in die richtige Beitragsklasse ist besondere Aufmerksamkeit zu wenden.

Zu den Fragen: Abgrenzung der Gause, Trennung der Gauslässe, sowie Festlegung des Gausebeitrages wurde über die Zugehörigkeit verschiedener Druckorte, die an der Donaugrenze liegen, besprochen. Die Abgrenzung der Tarifkreise, sowie die bei den Buchbindern und Steinbrudern bestehende Gauseinteilung wurden zum Vergleich herangezogen. Bei der Leistung der Gauslässe trifft auf Nordbayern der Betrag von 920,70 Mark. Ueber die Festlegung des Gausebeitrages berichtet Kollege Vater. Der jetzige Beitrag von 20 Pf. pro Quartal und Mitglied ist unzureichend. Ein angearbeiteter Entwurf wurde eingehend besprochen und die Erhöhung des Gausebeitrages auf 50 Pf. mit Ausnahme des Gausebeitrages, einmütig angenommen. Zur Berechnung kommt der Mitgliederstand am Quartalsende. Der Gausatz soll nach Bedarf abgehalten werden. Als nächster Tagungsort wird Bamberg in Vorschlag gebracht. Nach Besprechung der Frage der Sozialzuschläge faßte Kollege Redding das Ergebnis der Verhandlungen zusammen und schloß mit einem Hoch auf den Verband die von zuverlässigem Geiste durchgeführte Tagung.

Aus unserer Bewegung im Steinbrudgewerbe.

Hamburg.

Nachdem bekannt war, daß die Steinbruder neue Zulagen bekommen hatten oder, besser gesagt, haben sollten, wandten sich unsere Vertreter in Hamburg mit entsprechenden Forderungen an die dortigen Steinbrudereilebiger.

Am 26. Mai fanden Verhandlungen statt, die folgenden Abschluß zeigten.

Die unterzeichneten Organisationen vereinbarten mit Wirkung vom 1. Juni ab folgende Wirtschaftszulage: Hilfsarbeiter von 16 bis 21 Jahre 7,— Mk., von 21 bis 24 Jahre 8,— Mk., über 24 Jahre 13,50 Mk. Anlegerinnen im ersten Jahre nach der Lehre 5,50 Mk., im zweiten Jahre nach der Lehre 6,— Mk., im dritten Jahre nach der Lehre 6,50 Mk., über 24 Jahre 10,— Mk.

Abnehmerinnen im ersten Jahre nach der Lehre 5,— Mk., im zweiten Jahre nach der Lehre 5,50 Mk., im dritten Jahre nach der Lehre 6,— Mk., über 24 Jahre 9,— Mk.

Dieses Abkommen läuft analog mit dem Steinbrudereilebigen.

Demnach betragen die Löhne vom 1. Juni ab:

Hilfsarbeiter: 16 bis 18 Jahre 192,25 Mk., 18 bis 20 Jahre 195,25 Mk., 20 Jahre 200,25 Mk., 21 Jahre 206,50 Mk., 22 Jahre 214,50 Mk., 23 Jahre 215,50 Mk., 24 Jahre 228,— Mk., über 24 Jahre 244,— Mk., über 24 Jahre und verheiratet 257,50 Mk.

Anlegerinnen: Im ersten Jahre nach dem Lehrjahre 135,25 Mk., im zweiten Jahre nach dem Lehrjahre 148,— Mk., im dritten Jahre nach dem Lehrjahre 157,50 Mk., über 24 Jahre alt 161,— Mk.

Abnehmerinnen: Im ersten Quartal über 16 Jahre 86,— Mk., im zweiten Quartal über 16 Jahre 87,— Mk., im dritten Quartal über 16 Jahre 88,— Mk., im vierten Quartal über 16 Jahre 89,— Mk., im ersten Jahre 133,— Mk., im zweiten Jahre 137,50 Mk., im dritten Jahre 144,— Mk., über 24 Jahre alt 146,— Mk.

Ueber die Entlohnung der weiblichen Lehrlinge oder Hilfsarbeiterinnen unter 16 Jahren ist ein Abkommen nicht getroffen, es wird aber empfohlen, den weiblichen Lehrlingen die folgenden wöchentlichen Löhne zu zahlen: Im ersten Quartal 82,— Mk., im zweiten Quartal 60,— Mk., im dritten Quartal 68,— Mk. und im vierten Quartal 77,— Mk.

Ueberstunden, Ferien und Arbeitszeit richten sich nach den Bestimmungen des Tarifvertrages für Steinbruder.

Nürnberg-Fürth.

Der von uns gefälligte Tarifvertrag ist erneuert worden und gilt ab 1. Juni wiederum auf ein Jahr mit vierteljährlicher Revision der Löhne. An neuen Zulagen ist erreicht:

Für alle Kollegen über 24 Jahre und Verheiratete 13,— Mk., für alle Kollegen unter 24 Jahre, die ledig sind, 9,— Mk.

Anlegerinnen, Fangerinnen, Drittmädchen und Goldauslegerinnen 10,— Mk.

Besatz der untersten Maschinengröße, so daß die kleinste Maschine in bis Format 96 mal 126. Hierdurch erhalten eine Anzahl von Anlegerinnen und Fangerinnen eine weitere Mark Zulage.

Alle sonstigen Hilfsarbeiterinnen, einschließlich der Jugendlichen unter 16 Jahre, 7.— M. pro Woche.
Das männliche Personal erhält Ferien wie die Gehilfen, während es beim weiblichen Personal bei der bisherigen Wala bleibt. In Bezug auf § 616 ist die Fassung aus dem Gehilfenartikel übernommen worden.

Aus anderen Zeitungen

Leipzig. (Drohender Konflikt.) Am 11. Mai versammelte sich im „Volkshaus“ das gesamte Giebereipersonal der Firma Schelter u. Giesecke, um Stellung zu nehmen zu dem von der Geschäftsleitung beabsichtigten Rücktritt vom Reichstarif der Schriftgießer. U. a. nahmen an der Versammlung teil als Vertreter der Zentralkommission der Schriftgießer Kollege Falchmann (Berlin) und der Vorsitzende des Hilfsarbeiterverbandes Kollege Bucher (Berlin). Die Leitung der Versammlung lag in den Händen des Vorsitzenden des hiesigen Schriftgiebervereins, Kollegen Zahn. In einem Schreiben an das Tarifamt der Deutschen Schriftgießer zu Berlin bemerkte die genannte Firma u. a., daß der geschäftsleitende Ausschuss des Vereins Deutscher Schriftgießer beschlossen habe, die Firma Schelter u. Giesecke entsprechend ihrer Stellungnahme zum Schriftgiebertarif von dem später abzuschließenden neuen Tarifabkommen unabhängig zu machen, d. h. sie außerhalb des tariflichen Rahmens zu belassen. Demgemäß übermittelte die Geschäftsleitung dem Tarifamt die hündige Erklärung, daß mit Ablauf des gegenwärtigen Tarifs ihr Austritt aus der Tarifgemeinschaft erfolgen werde, und sie verlangte obendrein noch in förmlicher Mitteilung, daß die Firma von der Prinzipalsorganisation der Schriftgießer eingeräumte Ausnahmestellung ausdrücklich in einer Fußnote zu den Bestimmungen des Tarifs festgelegt wird. Ihre ablehnende Stellungnahme führte die Firma in erster Linie zurück auf die besonderen technischen Einrichtungen ihres Betriebs. Infolge dieser wesentlichen andern Gestaltung des Betriebs sei ihr Hausstarif bereits besser durchgeführt und habe für die Firma klarere Verhältnisse geschaffen als diejenigen sind, die durch den Deutschen Schriftgiebertarif geschaffen wurden. Wie diese „klarerer Verhältnisse“ aussehen, das kam in folgender Abhandlung des Schreibens der Firma Schelter u. Giesecke an das Tarifamt klar zum Ausdruck: „Wir haben, wenn wir die Verhältnisse weiterhin auf eigener Grundlage regeln, nicht mit so erheblichen und unterschiedlichen Spitzenverdiensten zu rechnen, wie sie sich auf der Grundlage des Deutschen Schriftgiebertarifs ergeben. Im übrigen bedingt vor allem auch die größere Anzahl weiblicher Arbeitskräfte den Wegfall des Grundlohns in dem Umfange, wie dieser durch den Reichstarif geregelt wurde.“ Schließlich stellte die Geschäftsleitung der Firma Schelter u. Giesecke in ihrem Schreiben an das Tarifamt noch neun hieselschneidende, zum Teil gegen das Betriebsratsgesetz verstoßende Forderungen auf, von deren Erfüllung es abhängig gemacht wird, ob sie „möglichstweise der Frage näher treten würde, an Verhandlungen über einen neuen Reichstarif teilzunehmen“. Die erste dieser neun Forderungen ging dahin, daß der Tarif durchaus selbständig, also in jeder Beziehung auch unabhängig vom Deutschen Buchdruckerarif, ist, und von letzterem sonach in keiner Weise beeinflusst wird.“ (1) Weiter wurde verlangt, daß die reine Schichtarbeit wieder eingeführt wird, somit die Grundgebühr in Wegfall kommt, daß die Hilfsarbeiter aus dem Tarif auscheiden usw. Der Versammlungsleiter sowohl als auch die Vertreter der durch das angebotene Vorgehen der Firma Schelter u. Giesecke in Mitbestimmung gezogenen Organisationen kennzeichneten das reaktionäre Beginnen der Firma, das einer totalen Verkennung der wirtschaftlichen und sozialen Anschauungen der Arbeiterschaft entspringt, in treffenden Worten. Das Bestreben der Firma laufe lediglich darauf hinaus, sich freizumachen von den „tariflichen Fesseln“, um wieder wie früher Herr im eigenen Hause zu sein. Die allgemeinen Bestimmungen des Reichstarifs erscheinen ihr zu lästig. Den vorgeschobenen eigenartigen Produktionsverhältnissen der Firma sei im Spezialarif genügend Rechnung getragen, aber die Bestimmungen des Mantelstarifs müßten auch für Schelter u. Giesecke volle Geltung behalten. Nach dem Grundsatze „Teile und herrsche“ werde von der Geschäftsleitung versucht, mit Hilfe einzelner Gruppen, die noch der vollen Abfordern haben, einen Gegensatz zu den tariflich Entlohnungen zu schaffen zu dem ausgesprochenen Zwecke, den tariflich verbürgten Grundlohn zu beseitigen, zum Schaden der Arbeiter natürlich. Die Firma Schelter u. Giesecke, die gern aus der Reihe tanze, sei gewissermaßen als Preisstämpferin gegen das tarifliche Mitbestimmungsrecht der Arbeiter anzusehen. Anders könne man sich die Lasten nicht erklären, daß Herr Giesecke als Vorsitzender der Prinzipalsorganisation mit deren ausdrücklicher Zustimmung sich dazu hergebe, den von dieser Organisation mitgeschaffenen und getragenen Tarifvertrag zu untergraben. Die Entlohnung des zahlreichen Personals über das provisorische Verhalten der Firma Schelter u. Giesecke machte sich bereits während der einleitenden Ausführungen in starkem Maße bemerkbar; noch mehr aber in der nachfolgenden, sehr lebhaft geführten Diskussion. Es wurde begrüßt, daß alle beteiligten Organisationen sofort und energisch die Abwehr des Intentats auf die vitalen Interessen der Arbeiter einleiteten. Oft und deutlich genug habe die Firma zum Ausdruck gebracht, daß sie mit der tariflichen Regelung nicht zufrieden sei. Man habe indes genügend Gelegenheit gehabt, zu beobachten, wie selten sich Theorie und Praxis bei der Erfüllung gegebener Versprechungen die Wage stellen. Erinnerung wurde an die Regelung der Ferienfrage, der sich die kapitalträchtige Firma Schelter u. Giesecke länger als alle übrigen Firmen widersetze. Dem Austritt aus dem Reichstarif werde das Diktat der Lohn- und Arbeitsbedingungen durch die Firma folgen.

Das Personal sei froh, daß durch die allgemeinen Bestimmungen des Schriftgiebertarifs endlich Ordnung geschaffen worden sei, und es sei bereit, das Versprechen zu wagen, um unter dem Schutze der Organisation das Ertrugene zu verteidigen. Sämtliche Diskussionsredner brachten zum Ausdruck, daß nur die Einigkeit und Geschlossenheit des Gesamtpersonals den Erfolg verbürge. Diese Voraussetzung unterstrich in besonderer und ganz besonders einbringlicher Art noch der Vorsitzende des Betriebsrats, der seinen Zweifel darüber bestehen ließ, daß die Zeiten endgültig vorüber sind, wo einzelne Gruppen der Firma zum Schaden der ganzen drücklichen Arbeiterbewegung eigene Wege gehen. Folgender Entschluß gab die Versammelten einmütig ihre Zustimmung: „Die am 11. Mai im „Volkshaus“ tagende Versammlung des Giebereipersonals der Firma Schelter u. Giesecke nimmt mit Entlohnung Kenntnis von dem herausfordernden Schreiben der Firma an das Tarifamt für das Deutsche Schriftgiebergewerbe betreffend den Austritt der Firma aus dem Reichstarif der Schriftgießer. Die Versammelten erklären, nach wie vor daran festhalten zu wollen, daß der Mantelarif, d. h. die allgemeinen Bestimmungen des Reichstarifs, auch für die Firma Schelter u. Giesecke volle Geltung behält. Die Versammelten erklären auf das bestimmteste, den Austrittsbestrebungen der Firma mit allen zu Gebote stehenden Mitteln entgegenzutreten zu wollen, und die jetzt bestehenden tariflichen Rechte der Arbeiterschaft hochzuhalten. Die Versammlung ersucht die Zentralkommission, entsprechend dieser Entschloßung das Tarifamt zu informieren und es auf den Ernst der durch das Vorgehen der Firma Schelter u. Giesecke heraufbeschworenen Situation aufmerksam zu machen.“

Rundschau

Neue Feuerungsanlagen der graphischen Arbeiter in Deutschösterreich. In den Verhandlungen, die das Graphische Kartell vom 9. bis 12. Mai 1921 mit den Unternehmern führte, kam es nach Ueberwindung eines großen Widerstandes der Druckerbeitgeber zu einer Vereinbarung über neue Feuerungsanlagen, die für die Gehilfen 22 Prozent, für die Hilfsarbeiter 27 Prozent ihrer bisherigen Bezüge betragen. Die Lohnhöhlungen traten am 9. Mai in Kraft. Die neue Zulage kam am 14. Mai erstmalig zur Auszahlung. Der Mindestlohn eines nach der höchsten Staffel entlohnten verheirateten Hilfsarbeiters beträgt jetzt wöchentlich 1326,20 Kr. Die bezahlte Hilfsarbeiterin in Buchdruckereien hat Anspruch auf 1046,02 Kr. wöchentlich.

Der Genossenschaftstag in Baden-Baden wird in den Tagen vom 11. bis 17. Juni abgehalten werden. Er beginnt mit einer gemeinschaftlichen Sitzung des Vorstandes und des Ausschusses, der sich am Sonntag, dem 12. Juni, eine gemeinsame Sitzung der vorbenannten Körperschaften mit dem Generalrat anschließt. Am Montag, dem 13. Juni, ist die Eröffnung des Genossenschaftstags, der die folgenden Tage bis einschließlich Mittwoch, den 15. Juni, als Hauptverhandlungstage folgen.

Die Tagesordnung lautet: Bericht des Vorstandes: a) über die Entwicklung des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine und b) über die wirtschaftlichen Maßnahmen des Vorstandes, Bericht des Ausschusses, Internationale genossenschaftliche Angelegenheiten, die Errichtung von Konsumentenammern, die Gestaltung der Tarifverhältnisse und Bericht über die Tätigkeit des Tarifamts, die Fleischversorgung der Mitglieder der deutschen Konsumgenossenschaften, die Neutralität der Konsumgenossenschaftsbewegung, Bericht über die Tätigkeit der Fortbildungskommission, Bericht über die Pensionskasse des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine, Vorgehung und Genehmigung der Jahresrechnung und Entlastung des Vorstandes, Wahlen und Vorgehung des Voranschlages für das Jahr 1921/22. Am Donnerstag, dem 16. Juni, beginnt die Generalversammlung der Großenkauf-Gesellschaft Deutscher Konsumvereine m. b. H. Auf deren Tagesordnung steht folgendes: Vortrag des Geschäfts- und Revisionsberichts, Genehmigung der Jahresrechnung und Entlastung der Geschäftsführer und des Aufsichtsrats, Feststellung der Verteilung des Reingewinns, Wahl des Revisors, Abänderung des Gesellschaftsvertrags, Erhöhung des Stammkapitals bis zu 30 Millionen Mark, Ergänzungswahl für die auscheidenden Aufsichtsratsmitglieder und Geschäftliche Mitteilungen.

Tarifamt der Deutschen Buchdrucker

Fünfundsechzigster Nachtrag
zum Verzeichnisse der den Tarif anerkennenden Firmen vom 30. April 1914.
(Die nachstehenden Firmen haben um Aufnahme in die Tarifgemeinschaft nachgesucht. Falls nicht innerhalb vier Wochen vom Tage der Veröffentlichung an begründete Proteste gegen die Aufnahme derselben beim Tarifamt einlaufen, gelten die Firmen als aufgenommen.)
I. Kreis. Celle: Zerwig, August. — Hannover: Schöbde, Johannes (Znh.: Theod. Schöbde). — Dsnabrück: Handelsbruder, G. m. b. H.; Renard u. Wegmann. — Satzjufen: „Wega“-Werk, G. m. b. H.
II. Kreis. Pöln: Amfel, Philipp, Nachf. — Lüdenscheid: Bringmann u. Winkel. — Wengede: Arnold, Ernst. — Saarbrücken: Sonnenburg, A., G. m. b. H. — Witten (Znh.): Vormann, Hermann.
III. Kreis. Mainz: Viehl u. Feuer (Wilhelm Viehl, Paul Feuer). — Offenbach a. M.: Stempel-Bauer (Waldeemar Bauer).
IV. Kreis. Karlsruhe: Ebner, Richard.

VI. Kreis. Gotha: Selz, Otto. — Halle (Saale): Hellig, Gertrud (Bernhard Hellig, Waldemar Hellig). — Lehefen (Znh.): Schömmel, B. (Znh.: Ewald Schmidt). — Magdeburg: Heilmann, Paul.
VII. Kreis. Dresden: Pohl, Hugo; Koediger u. Waltherr (Wilhelm Koediger, Dr. Karl Waltherr). — Gartenstein: Winckmann, F. R. — Leipzig: „Printator“, G. m. b. H., Berlin, Zweigstelle Leipzig; Vogel, G. u. M. (Max und Karoline Vogel); Winkler, Paul. — Meerane: „Meeraner Tageblatt“, Range u. Co.
VIII. Kreis. Berlin: Franke, Bruno; Lillienfeld, E. (Kurt Braun); Popp, Paul; Rump, Alfred, u. Co.; Wegner, Paul; Zander u. Seidler, vormalig Fritz Zander (Znh.: Bergin u. Wihalm).
IX. Kreis. Breslau: Scholz, Artur (früher Vog). — Gleiwitz: Verlag „Die rote Fahne“, G. m. b. H., Berlin, Filiale Gleiwitz. — Legnitz: Koelz, Paul. — Radzionka: Frank, A. — Schönberg (O.-L.): Fellgiebel u. Jzmer.
XI. Kreis. Brandenburg a. d. H.: Wolters, Friedrich. — Stargard i. P.: Buchdruckeri Watz (Hans Watz).

Aus dem Verzeichnisse der tariffreien Buchdruckereien wurden gestrichen die Firmen:

Kreis II: Buchdruckerei Friedrich Reim in Nadebornwald; Firma Ernst Kirschbaum in Solingen.
Kreis III: Buchdruckerei Oskar Drechsler in Egelzbach.
Kreis VI: Buchdruckerei Ehr. Gerlach in Mühlhausen i. Thür.
Kreis X: Buchdruckerei Oskar de Lemos in Hamburg; Buchdruckerei Gustav Vertheau in Neumünster i. S.
Kreis XII: Buchdruckerei Max Groner u. Co. in Lissa.
Berlin, 10. Mai 1921.
F. A.: Paul Schliebs, Geschäftsführer.

Anzeigen

Lebensstellung

findet ältere, alleinlebende Buchdruckerhilfsarbeiterin bei Führung meines frauenlosen Haushaltes in Dortmund. (4 erwachsene männliche Personen.) Guter Lohn und bei zufriedenstellender Leistung vollständige Unabhängigkeit wird gewährt. Angebote unter „S. D. 1861“ an die Redaktion der „Solidarität“.

Frl. Adele Gosewinkel und ihrem Bräutigam zur Hochzeit die herzlichsten Glückwünsche von den Mitgliedern der Zahlstelle Hamm.

Esterbetafel

Nach längerer Krankheit verstarb unser lieber Kollege, der Schriftgießerei-Hilfsarbeiter
Hermann Aleig
(i. Fa. Schelter & Giesecke)
im Alter von 80 Jahren.
Plötzlich und unerwartet verschied nach kaum eintägigem Krankenlager unsere Kollegin, Vertrauensperson, Kassiererin, Betriebsratsmitglied, die Steindruckanlegerin
Lina Müller
(i. Fa. G. Pinta u. Co.)
im Alter von 29 Jahren.
Wir verkieren in ihr ein eifriges, pflichtgetreues Mitglied. Möge die Verstorbene allen Kolleginnen als Vorbild dienen. Dir aber liebe Lina, rufen wir ein letztes „Gute Nacht“ in Deine lächle Gruft nach!
Wir werden den Verstorbenen ein ehrendes Andenken bewahren.
Die Zahlstelle Leipzig.
Am 26. Mai 1921 verschied unerwartet unsere Kollegin
Wilhelmine Volkmann
geb. Bodjarski
(i. Fa. Danziger Neueste Nachrichten)
im Alter von 59 Jahren.
Ehre ihrem Andenken!
Die Zahlstelle Danzig.

Leutenberger!

Sonntag, den 12. Juni 1921
Ausflug
nach Neubabelsberg über
Nikolstoe und Moorlote Treffpunkt 9 Uhr vorm. Bahnhofsrestaurant Wannsee. Nachzügler 8—4 Uhr nachm. Parkrestaurant Neubabelsberg. Zahlreiches Erscheinen aller Leutenberger ist Voraussetzung. — Nächste Partie: 10 Juli. (Näheres siehe Inserat im „Korrespondent“ und „Solidarität“ eine Woche vor jeder Veranstaltung.)

Für unsere Kolleginnen

Probleme.

Von Wolf Dornick

Frauen-Agitatorinnen und solche, die es werden wollen, gefallen sich gar oft in der Redewendung: „Wenn nur die Männer mehr für die Aufklärung der Frauen, ihrer Frau, tun möchten!“ — Dann folgen im allgemeinen bittere Vorwürfe über die Männer, die ihrer Frau das Verständnis für Politik abschreiten, die zu Haus alles vergessen, was sie in gewerkschaftlichen und politischen Versammlungen selbst lehren oder betätigen.

Keine Furcht. Ich fühle keinerlei Veranlassung in mir, mich zum Schützer der Männerborniertheit oder Männertorheit aufzuwerfen; jene Klage hat viel Berechtigung.

Trifft sie aber immer und in allen Fällen zu? — Niemand wird bestreiten wollen, daß es unzählige Frauen gibt, mehr als Männer (denn auch solche gibt es in erschreckender Anzahl), die sich geradezu mit Händen und Füßen gegen die Ausnahme politischer oder volkswirtschaftlicher Gebanungsgänge sträuben. Das ist geschichtlich begründet und hat zweifellos auch noch tiefe psychologische Ursachen. Niemand wird bestreiten wollen, daß es auch Frauen gibt, die wirklich geistig nicht viel vorwärts zu bringen sind, auch nicht von dem intelligentesten Manne. Denn leider ist auch von der zu erstrebenden geistigen Gemeinschaft der Ehegatten in zahlreichen Ehen nichts, rein gar nichts zu spüren. Hier klafft vom ersten Tage der sexuellen Ernüchterung an ein unüberbrückbarer, stets tiefer werdender Gegenatz; die unverständende Frau und ein Mann, der die Frau von Tag zu Tag mehr betrachtet.

Doch diese Verhältnisse sollen heute nicht weiter berührt werden.

Ich setze den Fall, eine normale Ehe wird von zwei Menschen begründet, die sich in ehrlicher geistiger und sinnlicher Zuneigung gefunden haben; setze voraus, daß am Tage der Eheschließung beide in ihrer geistigen Entwicklung gleich weit waren. Vom Tage der Eheschließung oder bald danach beginnt für die Frau ein gänzlich neues Leben. Nicht aber für den Mann. Dieser geht nach wie vor seiner Beschäftigung nach. Ist er Arbeiter oder Beamter, so steht er Tag für Tag, sei es in den Pausen, sei es bei der Arbeit selbst, im geistigen Verkehr mit seinen Kollegen. Hier wird politisiert, wird über wirtschaftliche Fragen und häufig auch über wissenschaftliche Probleme gestritten. Täglich erhält er neue Anregungen, hat daher die Pflicht, die Zeitungen aufmerksam zu verfolgen, die Fachzeitung durchzusehieren, Fachbücher oder -Schriften, politische oder andere Schriften zu lesen. In Betriebszusammenhängen, Berufsversammlungen, Sitzungen und politischen Versammlungen weitet sich sein Blick, festigt sich sein Urteil. Noch schneller geht der geistige Prozeß der Aufwärtsentwicklung, wenn der Mann sich als Vertrauensmann, Betriebsrat oder Funktionär für seine Klassengenossen beschäftigt oder wenn er mehr und mehr zum Führer, Sprecher und Lehrer seiner Klassengenossen wird. Dann greift er zu Schriften und Büchern und sucht sich bald vor gründlichen wissenschaftlichen Werken nicht.

Wo bleibt die Frau gegenüber dieser geistigen Entwicklung des Mannes, die auch in unzähligen Fällen erst nach einer gewissen sexuellen Vererbung infolge der größeren häuslichen Beschaulichkeit eintritt?

Eingeengt in die Kleinliche, völlig ungenügende wirtschaftliche Beschäftigung, allein auf die stumpfe Gesellschaft anderer Hausfrauen angewiesen, mit den Kindern von der frühen Morgenstunde bis in die Nachtzeit beschäftigt, mit dem Laufen, Einkäufen, Waschen, Kochen und anderen Dingen körperlich übermüdet, in der Einsamkeit des engen Haushautes geistig verkrümmert, so wird ihre geistige Spannkraft vernichtet. Ihr fehlt der geistige Austausch mit gleichgesinnten kämpfenden Geschlechtsgegnossen, ihr fehlt der tägliche Anreiz des sozialen Kampfes; aber was noch schlimmer ist, ihr fehlt die Verbindung mit dem draußenden Leben da draußen, um nur die Zeitungsetztüren voll verstehen zu können. Was dem Mann täglich in der Muttersprache mit den Kollegen von Hunderten oder zumindest Dutzenden erläutert wird, das erfährt sie nur wieder und wieder von dem einen Mann, der ihr Gatte ist. Ihr Gesichtsfeld verengt sich eher, anstatt sich zu erweitern, während der des Mannes tagtäglich wächst. Und mit jedem Kinde wird der Abstand zwischen den einst Gleichgestellten größer. Sie, die kaum die Zeitung noch begreift, versteht nichts mehr von den Schriften des Mannes und wagt es gar nicht, ein wissenschaftliches Buch in die Hand zu nehmen. Und ihm, dem der Kampf mit geistigen Waffen allmählich ein glückbringendes Bedürfnis geworden ist, gelingt es nicht immer mehr, die Ruhe und Gebuld aufzubringen, um seiner Gattin die gleiche liebevolle Lehrer zu sein. Um so weniger dann, wenn auch die Frau durch vermehrte häusliche Sorgen oder gar durch Krankheit die gesunden Nerven eingebüßt hat. Nach 15, 20 Jahren ist der Abstand zwischen beiden Ehegatten hoffnungslos.

Nicht überall braucht sich diese Entwicklung in gleicher Schärfe zu zeigen, besonders dort nicht, wo die Frau selbst längere Zeit Gelegenheit hat, gewerkschaftlich mitzuarbeiten. Und doch ist der von mir angenommene Fall noch verhältnismäßig günstig. Denn vielfach ist diese Ungleichheit in der geistigen Entwicklung bereits vom Hochzeitstage an schon da.

Die Erkenntnis der steigenden Entfremdung aus sozialen Ursachen sollte uns doppelt veranlassen, mit allen Mitteln die sozialistische Aufklärung und Vorbildung der Frau zu fördern. Der reine Selbst-erhaltungstrieb sollte die Männer schon veranlassen, für die politische Schulung der Frau das Menschenmögliche zu leisten.

Wie Frauen wählen.

Einem interessanten und lehrreichen Einblick, wie die Frauen ihr Wahlrecht ausüben, zeigen uns Zeitergebnisse der letzten Reichstagswahl vom 6. Juni 1920. In 18 Wahlkreisen sind die Stimmzettel nach dem Geschlecht der Wähler geschieden worden. Für insgesamt 849 762 Wahlberechtigte war die Scheidung vorgeesehen gewesen, von denen sich aber nur 575 988, das sind 67,8 v. H., an der Wahl beteiligten. Von der Gesamtzahl der Wähler in den 18 Wahlkreisen waren 47 Prozent Männer und 53 Prozent Frauen, gültige Stimmen gaben aber ab 51 Prozent der Männer und nur 49 der Frauen. Daraus ist schon zu erkennen, daß viel mehr Frauen als Männer von ihrem Wahlrecht keinen Gebrauch gemacht haben. Aus dem Wahlergebnis geht aber noch weiter hervor, daß gerade die arbeitenden Frauen oder die Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse von der Wahl im größeren Maße fern geblieben sind als die Frauen und Mädchen der bestehenden Schichten; denn bei den bürgerlichen kapitalistischen Parteien, der Deutschen Nationalen Volkspartei, der Deutschen Volkspartei und der Zentrumspartei, überwiegen im Durchschnitt die Frauen- die Männerstimmen oft bedeutend, was folgende Uebersicht zeigt:

Wähler der	Anzahl	Anteil der Männer und Frauen vom Hundert
Deutsch-nationalen Volkspartei	Männer 12 897 Frauen 18 457	44. 56
Deutschen Volkspartei	Männer 87 247 Frauen 93 889	49 51
Zentrumspartei	Männer 57 676 Frauen 82 791	41 59
Deutsch-demokr. Partei	Männer 19 975 Frauen 17 745	53 47
SPD	Männer 72 995 Frauen 55 121	57 43
USPD	Männer 64 634 Frauen 45 801	59 41
RPD	Männer 6 908 Frauen 4 090	63 37
Uebrigten Parteien	Männer 19 565 Frauen 24 247	45 55

Das Stimmverhältnis der Männer und Frauen bei den einzelnen Parteien aus Grund obiger Feststellungen ist so charakteristisch, daß es interessant ist, dies im Bild vorzuführen. In graphischer Darstellung sieht dieses Prozentverhältnis für jede der Parteien so aus:



Wir erkennen aus obiger Zusammenstellung, wie die Frauen gewählt haben. Sie gaben mit großer Mehrheit den Parteien die Stimmen, die Feinde des Frauenwahlrechts waren und noch heute sind. Die Vertreter der Arbeiter jedoch, die stets für das gleiche Wahlrecht ohne Unterschied des Geschlechts eingetreten sind, in allen Körperchaften und bei jedem zweckmäßigen Anlaß das Frauenwahlrecht gefordert haben, wählte nur eine Minderheit der Frauen. Die Frauen haben anscheinend ganz vergessen, daß sie nur den Arbeiterparteien ihr Wahlrecht zu verhandeln haben. Von Dankbarkeit in der Politik soll man nicht reden, wollte man aber böshaft sein, so könnte man sagen, daß die Argumente der reaktionären Parteien, den Frauen fehle die nötige politische Reife, durch das Wahlergebnis zum Teil anerkannt sind. Im öffentlichen Leben ist es jedenfalls neu und fensderbar, daß man seinen wirtschaftlichen und politischen Gegner wählt.

Die meisten Frauenstimmen hat die Zentrumspartei erhalten. Das beweist den Einfluß der Geislichkeit auf die Frauen, die den kirchlichen Einfüßerungen

gefolgt sind, anstatt sich ernsthaft von politischen Erwägungen leiten zu lassen. Dieser Partei folgt dann die Deutschnationale und die Deutsche Volkspartei. Bei den anderen Parteien verringert sich die Zahl der Frauenstimmen in dem Maße ihrer Stellung nach links. Nach obiger Aufstellung entfielen von 100 abgegebenen gültigen Stimmen auf die drei Rechtsparteien 42,5 Stimmen, davon waren 23,8 weibliche Stimmen. Die drei Arbeiterparteien erhielten 43,3 Stimmen, davon waren aber nur 18,2 weibliche Stimmen.

Aus alledem geht hervor, daß es bei den Frauen noch an der nötigen Aufklärung über wirtschaftliche und politische Fragen fehlt. Das Wahlrecht der Frauen ist eine Waffe, die richtig angewendet ihnen den gebührenden Einfluß auf die Regierungsform und damit Gesehgebung sichert, die aber gedankenlos, unüberlegt gebraucht den arbeitenden Frauen großen Schaden zufügen kann. Denjenigen Kolleginnen, die bei der Wahl für die Parteien der Arbeiter gestimmt und damit bewiesen haben, daß sie die politischen Erbekräfte richtig erkennen und einschätzen, erwächst neben den Kollegen die Pflicht, ihren Mitarbeiterinnen bei allen Angelegenheiten des öffentlichen Lebens aufstrebend und ratend zur Seite zu stehen.

Gleiches Recht der Geschlechter.

Die Frau hat das gleiche Recht wie der Mann auf Entfaltung ihrer Kräfte und auf freie Betätigung derselben; sie ist Mensch wie der Mann, und sie soll wie er die Freiheit haben, über sich zu verfügen als ihr eigener Herr. Der Zufall, als Frau geboren zu werden, darf daran nichts ändern. Die Frau, weil sie als Frau und nicht als Mann geboren ist — woran der Mann so unschuldig ist wie die Frau —, von der Gleichberechtigung auszuschließen, ist ebenso ungerecht, als wenn Rechte und Freiheiten von dem Zufall der Religion oder der politischen Gesinnung abhängig gemacht werden, und ebenso unbillig, wie daß sich zwei Menschen als Feinde betrachten, weil sie durch Zufall der Geburt verschiedenen Volksstämmen oder verschiedenen Nationalitäten angehören. Das sind eines freien Menschen unwürdige Anschauungen. Der Fortschritt der Menschheit besteht darin, alles zu beseitigen, was einen Menschen von dem anderen, eine Klasse von der anderen, ein Geschlecht von dem anderen in Abhängigkeit und Unfreiheit erbält. Es hat keine andere Ungleichheit Berechtigung als jene, welche die Natur in der Verschledenheit des Wesens der einzelnen und zur Erreichung des Naturzwecks schuf. August Bebel.

Der Klassenbewußte Arbeiter weiß, daß die gegenwärtige ökonomische Entwicklung die Frau zwingt, sich zum Konkurrenzweibe des Mannes aufzuwerfen; er weiß aber auch, daß die Frauarbeit zu Verbieten ebenso unbillig wäre wie ein Verbot der Anwendung von Maschinen, und so trachtet er danach, die Frau über ihre Stellung in der Gesellschaft aufzuklären und sie zur Mitkämpferin in dem Freiheitskampf des Proletariats gegen den Kapitalismus zu erziehen. August Bebel.

Siebzelt und Weiblichkeit sollen uns durch politische Beteiligung verloren gehen. O nein, wenn die Weiblichkeit durch alles Elend der Arbeit und allen Schmutz der Prostitution geschleift werden darf, ohne Schäden zu nehmen, so werden Staatsbürgerrechte uns zu ehler Weiblichkeit erblühen lassen.

Madame Politik kommt zu uns in die Küche und nimmt von jedem Wissen ihren Anteil. Wir Frauen hatten bisher keine Macht, die Unverschämte hinauszutreiben und hinauszuweisen ließ sie sich nicht. Clara Zetkin.

Welt die Frau weniger moralische Energie als der Mann besitzt, silt sie ihrer Gerechtigkeit ein unumgänglich notwendiges Temperament bei, ohne das unser Rechtszustand sich in nichts von dem Kriegszustand unterscheiden würde; dieses Temperament sind die Ideen der Milde, der Duldsamkeit, des Verzeihens, der Anmut, der Veröhnung und des Mitleids, die sich überall mit dieser Idee der Gerechtigkeit vermischen. Prudhon.

Und wenn Du auch zur Schule gehst, Bist Deine Haare grau; Von allem, was Du nicht verstehst, Stell' obenan die Frauen. Die Frauen stell' in erste Reih'n, Weil solches unabänblich. Dich selber stell' gleich hinterdrein Als auch Dir unverständlich. Und hast Du solches nun gemacht Auf Deiner Lebensreise Und Dich dann weiblich ausgelacht — Dann bist Du halbwegs weise.